

BERLIN

Polizei bereitet sich auf Aktivisten vor

Letzte Generation plant Straßenblockaden im Regierungsviertel

Die Klimaschutzgruppe Letzte Generation will offenbar mit zahlreichen Störungen und Straßenblockaden durch Hunderte Demonstranten Berlin für längere Zeit lahmlegen. Damit sollen ihre Forderungen nach einer radikalen Wende in der Klimapolitik durchgesetzt werden.

Im Rahmen sogenannter Gefährdungspraxen könne die Polizei nach eigenen Angaben bekannte Straftäter vor weiteren Taten warnen. Das sei im vergangenen Jahr auch in Berlin in fast 200 Fällen bei Klimaschützern, die sich an Straßen festgeklebt hatten, erfolgt.

Außerdem könnten Beamte jemanden einsperren, im Juristendeutsch in den sogenannten Präventivgewahrsam nehmen, um Straftaten zu verhindern, teilt die Polizei weiter mit.

In Bayern werden Blockierer deutlich länger eingesperrt

Bis Anfang des Jahres seien entsprechende Vorführungen in Berlin in rund 250 Fällen im höchsten 48-Stunden dauern. Die Kollaboration aus SPD, Grünen und Linken in Berlin habe den Zeitraum von vier Tagen auf zwei Tage reduziert.

So seien in Bayern Blockierer präventiv deutlich länger eingesperrt worden, so die Polizei. Eine Untersuchungshaft mit einem Haftbefehl nach einer Festnahme sei in solchen Fällen fast nie fällig, weil die Taten nicht schwerwiegend genug sind und die Verdächtigen feste Wohnsitze haben.

In Berlin laufen bereits fast 5000 Ermittlungsverfahren der Polizei wegen Kollaboration und gefährlichen Eingriffen im Straßenverkehr, Hausfriedensbrüchen, Sachbeschädigungen und Widerstand gegen Polizisten, so die Polizeibehörde.

Bei den Blockaden von Autobahnausfahrten im vergangenen Jahr habe sich die Polizei oft schon am frühen Morgen mit Zivilpolizisten an bestimmten Abfahrten positioniert.

Das Camp der Letzten Generation im Invalidenpark ist im Fokus

Ähnlich werde die Polizei nach eigenen Angaben wohl auch in den nächsten Tagen vorgehen und Orte wie Ministerien, Parteizentralen und Verkehrsknotenpunkte beobachten.



Die Letzte Generation beim Frühstück in Kreuzberg

PATRICK GOLDSTEIN/PATRICK GOLDSTEIN

Bürgerräte mit vielen Befugnissen

„Letzte Generation“ fordert gesetzgebungs-kompetenten Gesellschaftsrat – rechtlich ein Problem

Dominik Bardow

Klimaktivisten scheinen derzeit Berlin an vielen Stellen lahmzulegen. Die Maßnahmen in das Parlament einzubringen, „nötige Überzeugungsarbeit“ leisten und die beschlossenen Gesetze „in einer beispiellosen Geschwindigkeit“ umzusetzen.

Zunächst zur Frage, was Bürgerräte sein sollen: Die „Letzte Generation“ fordert in einem Manifest einen „Gesellschaftsrat“, der sich zusammensetzt „aus zufällig-gelosten Menschen, die die Bevölkerung Deutschlands nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund bestmöglich abbilden“.

Das Gremium solle Schritte entwickeln für einen Ausstieg aus fossilen Rohstoffen bis 2030. Doch sind diese Vorschläge nur Empfehlungen oder gleich Gesetze?

Die Forderung der Aktivisten lautet, die Bundesregierung solle „öffentlich zugeben, die Maßnahmen in das Parlament einzubringen“.

„Wenn sich die Regierung mit ihrer Mehrheit im Parlament für Beschlüsse der Bürgerräte einsetzen muss, wäre es wahrscheinlich, dass Vorschläge am Ende Gesetze werden.“

Indirekter Zwang zur Umsetzung

Tatsächlich gibt es Bürgerräte im Ausland bereits, auch auf kommunaler Ebene in Deutschland und bald auch auf Bundesebene.

eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen sicherstellen. „Aktuell organisieren wir als Verein drei Bürgerräte im Auftrag des Bundestages“, sagt Claudine Nieth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie e. V.



Experte: Christian Pestalozza



Expertin Claudine Nieth

Aber Nieth kann aus ihrer Erprobungsphase berichten, wie die Arbeit in Bürgerräten in der Praxis aussieht. „Solche Bürgerräte funktionieren in der Regel ab 50 Personen.“

Der Vorschlag von Gesellschaftsräten hat viel Charme, aber man muss nachden-

ken, wie man ihn in das politische System einbettet“, erklärt Professorin Miriam Hartlapp von Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin.

„Im schlimmsten Fall produziert ein Gesellschaftsrat die Haltung: Der Bürger bestellt, die Politik muss liefern.“

„Der Vorschlag von Gesellschaftsräten hat viel Charme, aber man muss nachden-

„Letzte Generation“ tagt in Kirche

Pfarrerin ist mit Zielen der Gruppe einverstanden – mit den Mitteln nicht

Patrick Goldstein

Berlin. Es ist bemerkenswert, wenn eine Kirche zum Tagungsort einer Gruppe von Klimaaktivisten wird, die sich bei ihren Protesten mitunter strafbar macht.

Letzte Generation macht Veranstaltung in Kreuzberg Licht

Bevor es in Berlin dann grünes Licht gab, musste sich ein Vertreter der Letzten Generation bei den Kirchenoberen vorstellen.

Nonkonformes Vorgehen gab es bei den Kreuzberger Kirchenleuten schon in der Vergangenheit. So duldeten sie etwa kurzzeitig Geflüchtete, deren wildes Wohnlager am benachbarten Oranienplatz im Frühling 2014 aufgelöst worden war.

„Im schlimmsten Fall produziert ein Gesellschaftsrat die Haltung: Der Bürger bestellt, die Politik muss liefern.“



Rebecca Marquardt, Pfarrerin in der St. Thomas-Kirche. PATRICK GOLDSTEIN

Klimaschützer rüsten sich in Kreuzberg für Protestaktionen

Schon bei der Auftaktveranstaltung am Mittwoch kommt es zu handfesten Auseinandersetzungen mit der Polizei

Patrick Goldstein

Berlin. Mit Aufsehen erregenden Aktionen starteten die Anhänger der Klimabewegung „Letzte Generation“ am Mittwoch ihre Proteste in Berlin.

Auf der Schillingbrücke erklimmte ein Mann ein Polizeiauto und wurde dort von der Polizei festgesetzt.

Sammenkunft dort ist für den kommenden Mittwoch festgelegt.

Im Gegensatz zu den verstörenden Eskalationen beim späteren Umzug war die Stimmung in der Kirche weniger kämpferisch als herzlich vertraut.

Immer noch am Brandenburger Tor. Der erste Protesttag begann für rund 500 Anhänger der Letzten Generation in der St. Thomas-Kirche in Kreuzberg.



Unsanft endet der Umzug für einen der Klimaschützer. Die Polizei setzt ihn fest.

„Um Vertrauen zu schaffen.“ Begeistert zeigte sie sich nun über den Zusammenhalt der Letzten Generation.

„Aber ich wollte ihn nicht mehr allein ertragen.“ Merklein sprach die Rednerin nicht zum ersten Mal öffentlich.

Aus ganz Deutschland angepisste Besucher lauschten den Ansprachen.

„Aber ich wollte ihn nicht mehr allein ertragen.“ Merklein sprach die Rednerin nicht zum ersten Mal öffentlich.

„Aber ich wollte ihn nicht mehr allein ertragen.“ Merklein sprach die Rednerin nicht zum ersten Mal öffentlich.

Seite“, sagte sie, was den 500 Zuhörern wohlzulegendes Murmeln entlockte.

In einer Pause sagte Robin (19) aus Köln, er habe dafür eine Auszeit von der Universität genommen.

Gegen 14 Uhr machten sich die Demonstranten zum folgenreichen Umzug auf. Ihre Handys gaben sie vorsorglich bei einer Sammelstelle der Letzten Generation ab.